

Politisch verfolgt in Deutschland



☒ [...] So hätten sich in Nordrhein-Westfalen mehrere Lehrer gegenüber Vorgesetzten für ihre AfD-Mitgliedschaft rechtfertigen müssen. In Rheinland-Pfalz soll einem höheren Landesbeamten die Versetzung angedroht worden sein, wenn er sein Engagement für die Partei nicht beende. „Insbesondere im öffentlichen Dienst wird latenter Druck ausgeübt und damit häufig eine negative Karriereperspektive in Aussicht gestellt“, sagte der rheinland-pfälzische AfD-Vorsitzende Uwe Junge der „Welt“.

Solcher Druck vollziehe sich dabei „nie in schriftlicher Form, sondern nur im persönlichen, nicht nachweisbaren Umfeld“. Man befinde sich „im Bereich des ‚latenten Berufsverbots‘“, meint Junge, der auch AfD-Fraktionschef im Mainzer Landtag ist. Ähnliches scheint es in der Privatwirtschaft zu geben. So berichtet die Thüringer AfD von Firmen, die von Mitarbeitern eine schriftliche Zusicherung verlangt hätten, sich nicht öffentlich für die Partei zu betätigen. [...] Ansonsten aber müssen Freiberufler sogar damit leben, dass wegen ihrer AfD-Mitgliedschaft öffentlich dazu aufgerufen wird, ihre Dienstleistungen nicht in Anspruch zu nehmen.

(Die DDR 2.0 gewinnt weiter an Kontur. Am besten macht man es wie die Studienabbrecher, Geschwätzwissenschaftler und Berufsbetrüger von den etablierten Parteien und geht keiner produktiven Arbeit nach. Dann hat man auch nichts zu verlieren!)